

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1853**

10.12.1853 (No. 290)

# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 10. Dezember.

N<sup>o</sup> 290.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1853.

## \*\* Orientalische Angelegenheiten.

Die englischen Blätter kommen bereits von ihrer fähigen Vorstellung über die Entschlüsse der vier Großmächte zurück. „Times“ bringt die Berichtigung, daß die vereinigten Regierungen keine Verpflichtung eingegangen sind, die Annahme der Kollektivnote zu erzwingen, wozu übrigens gar kein Anlaß vorhanden war, da diese Note, wie man weiß, in ihrem Haupttheil nur eine Anfrage an die Pforte in Betreff der Bedingungen ist, unter denen sie zu Friedensunterhandlungen geneigt wäre. Auch „Morn. Chron.“ läßt sich in einer ähnlichen Berichtigung vernehmen, und meint, es wäre gerathen, nicht allzu zuversichtliche Friedenshoffnungen auf den neuen Versuch zu bauen, zumal man noch gar nicht wisse, wie sich Rußland dem vorgeschlagenen Kongreß gegenüber verhalten werde. Es könnten wenigstens 14 Tage vergehen, bis man erfährt, was die Pforte auf die Kollektivnote geantwortet hat. Ohne Zweifel werden die Gesandten sämtlicher vier Mächte Alles aufbieten, um die Bedingungen zur Friedensunterhandlung so weit wie möglich herabzudrücken. Auf den Vorfällen machen die erneuten diplomatischen Friedensbemühungen überall den besten Eindruck.

Auch aus Paris wird gemeldet, daß dort die anfänglichen Hoffnungen auf die neuesten Friedensbemühungen der vier Mächte, seitdem man näher unterrichtet worden, sehr herabgestimmt sind. Man verfolgt aus naheliegenden Gründen namentlich die Haltung Oesterreichs mit gespanntester Aufmerksamkeit; der „Constitutionnel“ meint immer noch, daß Oesterreich das Vorgehen Rußlands auf die Dauer nicht gewähren lassen werde, und sucht nachzuweisen, daß dessen vermeintliche Verpflichtung für die Hilfe im Ungarnkrieg nicht viel zu bedeuten habe.

„Times“ bringt wieder eine Reihe telegraphischer Depeschen, denen wir das Wichtigere entnehmen. Sie meldet aus Konstantinopel, 24. Nov.: „Die Zeitungen sagen, daß England einen Waffenstillstand auf drei Monate verlangte, den die türkischen Minister abschlugen. Lord Stratford hatte in Folge davon eine Audienz beim Sultan, welche 5 Stunden dauerte. Ein außerordentlicher Divan ist einberufen.“ Von ebendort vom 21. Nov.: „Abdi Pascha und Kherim Pascha haben in Asien neue Erfolge errungen. Die Russen unter den Generalen Nestorow und Arguminski wurden bei Achirka und Achalsik geschlagen und erlitten großen Verlust. Nach einer mehrstündigen Schlacht ließen sie ihre Verwundeten, sowie eine Masse Gepäc und Schießbedarf in den Händen der Osmanen. Mehrere Dörfer auf russischem Gebiet sind von den Türken besetzt worden. Die Anzahl der russischen Deserteur ist so außerordentlich groß, daß man mit dem Plan umgeht, eine „russische Legion“ gegen Rußland zu bilden.“ Aus Wien, 2. Dez.: „Nach Briefen von der polnischen Grenze ist die Aushebung, die jetzt in Rußland stattfindet, nicht die gewöhnliche Rekrutierung, wie man behauptet hat. Solche unerbittliche Strenge wurde vorher nie angewendet, und so viele Kinder (Knaben von 12 Jahren) sind bisher nie ihren Eltern entrissen und den Regimentern einverleibt worden. — Die türkische Besatzung in Kalafat wird jeden andern Tag gewechselt, indem die Truppen von Widdin aus abgelöst werden. Dieser Umstand hat wahrscheinlich das Gerücht veranlaßt, daß die Türken Kalafat geräumt haben. Eine ähnliche Regel wird in Mosan beobachtet. Die fortwährend ab- und zumarschirenden Türken alarmiren die Russen in Giurgewo, und da die letztern nicht abgelöst werden, leiden sie sehr von Wetter.“ — Nach Briefen der „Times“ aus Krajowa, 30. Nov., hätten die Russen bis dahin keine Bewegung gegen Kalafat gemacht; vielmehr glaubte man, General Fjischbach habe Befehl, sich gegen Bucharest zurückzuziehen, wo Fürst Gortschakoff seine ganze Streitmacht konzentrierte, und die Fronte gegen Silistria aufstellte. („Chronicle“ will erfahren haben, in der walachischen Hauptstadt herrsche eine so bedenkliche Stimmung, daß die Russen gedroht hätten, bei der geringsten „rebellischen“ Bewegung die Stadt in Brand zu stecken.) Am 27., 28. und 29. Nov. erneuerten die Türken ihre Angriffe in der Nähe von Giurgewo, ohne jedoch einen günstigen Zweck zu erreichen. Binnen 10 Tagen starben 240 von den bei Dsteniza verwundeten Russen. Unter ihnen befanden sich 15 Offiziere und 3 Obersten. Der in jenem Treffen getödtete russische General war ein Baron Wlofen. In Jassy sind nicht weniger als 18 große Häuser, die verschiedenen Bojaren gehören, in Spitäler verwandelt worden. General Ursusoff regiert dort in höchst absolutistischer Weise, und namentlich die Juden sind die Opfer seiner Strenge. So, wie gesagt, „Times“.

Von der untern Donau gehen der „Patrie“ Nachrichten zu, wornach die dortige russische Armee nicht entfernt in der Lage sei, einen Donauübergang machen zu können. Sie sei dazu zu schwach, und ihre Artillerieregimenter, Pontonniers und Genietruppen reichten dazu nicht hin. Das Österreichische Korps, welches 50,000 Mann stark sein sollte, bestehe in Wahrheit aus 18,000 Mann.

Das Yackelboot „Scamander“ ist am 6. d. aus Konstantinopel in Marseille angekommen. Der Telegraph meldet bereits ausgiebig die Nachrichten, die es mitgebracht. In der Depesche — wodurch einzelnes schon Bekannte bestätigt wird — heißt es: „Die Russen sind nach drei blutigen Gefechten durch überlegene Kräfte von Jassik nach Kasow zurückgedrängt worden. Die Festungen Saffa und Aliska sind von Selim Pascha mit Sturm genommen worden. Das besetzte Lager Abdi Pascha's in Bayazid ist von den Russen erfolglos angegriffen worden, denen der Angriff gegen die Festung St. Nicolai am 17. Nov. gleichfalls mißlungen ist.“

Im Widerspruch mit obiger Notiz der „Times“ meldet man aus St. Petersburg, daß von außerordentlichen Aufstellungen und Rekrutierungen in Rußland Nichts zu sehen sei. Ferner bringen russische Militärberichte die Nachricht von einem Sieg der Jbrigen bei Gumri und einem unentschiedenen Gefechte bei Achalsik.

Ein Korrespondent des „Wanderers“ aus Bucharest theilt folgende zwei Aktenstücke mit, welche daselbst am 27. (16.) Nov. publizirt worden waren:

An den Verwaltungsrath der Walachei. Sr. Maj. des Kaisers, mein allerhöchster Herr, hat seine Zustimmung zu der freiwilligen Abdankung der Hospodare der Moldau und Walachei ertheilt, die Funktionen derselben aber unter meiner obersten Leitung in die Hände des Generaladjutanten, Generalleutnants v. Bubberg, der zum außerordentlichen Kommissär und Bevollmächtigten, mit der Macht und den notwendigen Attributen, um die höchste Administration beider Fürstenthümer in sich zu vereinen, und in Gemeinschaft mit den Verwaltungsräthen und Diwanen für den regelmäßigen Gang der innern Angelegenheiten in Zivil- und Gerichtssachen, das Wohl des Volkes und die Bedürfnisse des kaiserlichen Heeres Sorge zu tragen, zu legen geruht. Unter Einem wurde von Sr. Maj. dem Kaiser der wirkliche Staatsrath Chaltzinski zum Vizepräsidenten des Verwaltungsrathes in der Walachei ernannt. Gleichzeitig mit diesen Anordnungen Sr. Maj. des Kaisers habe ich die Ehre, dem Verwaltungsrath die beiliegende Uebersetzung des kaiserlichen Reskripts, mit dem mich Sr. Majestät bei dieser Gelegenheit zu beehren geruht haben, im Anschlusse mitzutheilen. Fürst Gortschakoff.

Allerhöchstes Reskript Sr. Maj. des Kaisers aller Rußien an seinen Generaladjutanten, General der Artillerie, Fürsten Gortschakoff, erlassen in Jassik, den 27. Okt. 1853:

Auf Ihre an uns gekommene Mitteilung, daß die Hospodare Strebey und Shika nach der von der Türkei an Rußland abgegebenen Kriegserklärung, und dem von den Türken an der Donau eröffneten Beginn der Feindseligkeiten ihren Wunsch geäußert haben, sich von der Regierung der Fürstenthümer Moldau und Walachei zurückzuziehen, und Wir uns diesem ihren freien Willen nicht widersetzen wollten, haben Wir aus besonderer Sorgfalt für die Erhaltung der Ordnung und des Wohls in den Innern Schutze anvertrauten Ländern, nach dem Beispiele früherer ähnlicher Vorgänge, einen besondern Gouverneur, mit dem Titel eines außerordentlichen Kommissärs und Bevollmächtigten, jedoch unter Ihrer obersten Leitung, dafelbst einzusetzen für notwendig erachtet. Da wir hierzu unsern Generaladjutanten, Generalleutnant v. Bubberg, gewählt haben, so übertraben Wir ihm den Befehl, alsogleich seine Funktionen in den Fürstenthümern anzutreten. In Bezug auf die Erfüllung seiner Pflichten, deren allgemeiner Zweck es ist, die Ruhe, Ordnung und das Wohl des Landes zu erhalten, sowie für die Befriedigung der Bedürfnisse unseres Heeres zu sorgen, wird sich der General Bubberg an die ihm von uns zugesandten Instruktionen, deren Kopie Ihnen mitgeteilt wird, zu halten haben. Indem Wir Sie von dem Vorgefallenen in Kenntniß setzen, bleibt uns noch übrig, den Wunsch zu äußern, daß die neue Ordnung der Dinge, welche provisorisch unter Ihrer obersten Leitung in den Fürstenthümern eingeführt werden soll, unserer Erwartung entspreche, und daß die Sorgfalt für das Wohl unserer Truppen sich mit derselben vereinbaren lasse, welche Wir für die in Innern hohen Schutze befindlichen Einwohner der Moldau und Walachei begehren. Nikolaus.

## — Aus den preussischen Kammern.

Berlin, 7. Dez. In den öffentlichen Sitzungen der Kammern ist gegenwärtig eine Pause eingetreten, insofern wenigstens von eigentlichen Geschäften noch keine Rede sein kann; es dürfte deshalb der Augenblick sein, einen Rückblick auf die bisherigen parlamentarischen Ereignisse zu werfen, den wir, was die zweite Kammer angeht, dort beginnen, wo wir vor einigen Tagen aufhörten, mit der auf die Präsidentenwahl folgenden Sitzung.

Es ist der Kammer in dieser Sitzung bereits ein reiches und bedeutendes Material zugegangen. Wir meinen damit nicht sowohl die Gesetzentwürfe, welche der Ministerpräsident zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt, die provisorische Verordnung zur Ausführung der mit dem Steuerverein verbündeten vorläufigen Verbesserungsleistungen und der Abänderungen des Zollvereins-Tarifs, denn die Genehmigung beider kann nach Lage der Sache kein Bedenken haben; wir meinen eben so wenig die beiden Gesetzentwürfe über die Kompetenzkonflikte und über die Bestrafung der von preussischen Handelsschiffen entwichenen Seeräuber; aber wir meinen vorwiegend den Gesetzentwurf, welcher die Zinsgarantie des Staates für eine Anleihe zum Bau der wichtigen Posen-Breslauer Eisenbahn — 3 1/2 Proz. Zinsen für ein zu 8 Mill. Thalern veranschlagtes Baukapital — in Anspruch nimmt; vor allen Dingen jedoch die Vorlagen, in welchen der Minister des Innern hervorgetreten ist. Bekanntlich ist in der

abgelaufenen Session, mit Aufhebung von Art. 105 der Verfassung, die Gemeinde-, Kreis-, Bezirks- und Provinzialgesetzgebung vom 11. März 1850 außer Kraft gesetzt und einstweilen die ältere Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverfassung wiederhergestellt, für die Städte der sechs östlichen Provinzen aber und die Städte von Neuvorpommern und Rügen eine revidirte Städteordnung angenommen, während für die Städteordnung für Westphalen, wenn sie auch in ihren Grundzügen die Anerkennung der Kammer fand, doch in manchen einzelnen Punkten keine Uebereinstimmung erzielt, die Beratung der Landgemeindefassung für die eben genannte Provinz durch den Schluß der Session unterbrochen wurde und die Gemeindeordnung für die Rheinprovinz gar nicht zur Diskussion gelangte. Ebenso ließ der Schluß der Session die acht verschiedenen Gesetzentwürfe einer Kreisverfassung für die verschiedenen Provinzen unerledigt. Demgemäß hat jetzt der Minister des Innern erstens die Städte- und Landgemeindefassung für Westphalen, jene mit Berücksichtigung der bereits gepflogenen Debatten, abermals vorgelegt; demnach die Erklärung abgegeben, daß er in kurzer Zeit auch im Stande zu sein hoffe, eine Vorlage über die Gemeindeverhältnisse der Rheinprovinz zu machen, und endlich die Entwürfe einer Kreisverfassung mit einer übersichtlichen Zusammenfassung derjenigen Bestimmungen wiederholt, in welchen dieselbe von der früheren Verfassung abweicht. Die interessante Debatte, welche sich unmittelbar an diese Vorlagen anschloß und die Frage zur Erörterung brachte, ob dieselben der gewöhnlichen Sachkommission für das Gemeinde-, oder einer besonderen, wie in der vorigen Session, mit gleichmäßiger Berücksichtigung der provinziellen Elemente gewählten Kommission zu überweisen seien, ließ die Bedeutung erkennen, welche alle Parteien ihnen beilegen. Die Kammer sprach sich schließlich mit einer Majorität von 15 Stimmen, gegen die von der rechten Seite unterstützte Ansicht des Ministeriums, für die Wahl einer besondern Kommission aus, und man kann sich schwerlich der Uebersetzung verschließen, daß dieser Beschluß der Sache selbst nur frommen wird, eben weil jene Gesetzentwürfe sich ausdrücklich nicht als allgemeine Maßregeln für den ganzen Staat, sondern als rein provinzielle Ordnungen ankündigen; aber für den Kampf von der einen und von der andern Seite mag weit mehr die Rücksicht bestimmend gewesen sein, daß die bestehende Sachkommission in ihrer Mehrheit der Rechten angehörte, während die andern Parteien die Hoffnung hegten durften, in der neuen Kommission eine stärkere Vertretung zu finden.

Eine weitere interessante Debatte veranlaßte die Prüfung der Neuwahl des Abg. v. Lüderig. Es wurden viele Phrasen an ein so dankbares Thema verschwendet, als eine angelegliche Beeinträchtigung der Freiheit der Wahlen durch die Behörden es bietet; aber allerdings fand das Vorgehen eines Offiziers, der seine Untergebenen mit Hinweisung auf den Fahnen und die Kriegsartikel aufzufordern vermochte, einem bestimmten Kandidaten ihre Stimmen zu geben, außer einer blindeifrigen Billigung, welche selbst Hr. v. Binde, ohne daß ihm widersprochen wurde, auf der Tribüne behauptete, daß der betreffende Offizier von seinem kommandirenden General zur Strafe gezogen worden, so beweist Das, daß selbst die militärischen Vorgesetzten in diesem Fall einen Mißbrauch amtlichen Ansehens erkannt haben; es beweist aber auch schlagend, daß die Regierung mit einem solchen mißverständlichen Pflichterfüller Nichts zu schaffen hat. Eine ganz besondere Bedeutung hat die Debatte übrigens dadurch, daß verschiedentlich darauf hingewiesen wurde, einmal, daß es angemessen erscheinen dürfte, den beständigen Konflikten zwischen den allgemeinen staatsbürgerlichen Rechten und den besondern militärischen Pflichten dadurch ein Ende zu machen, daß man die Armee von jeder Theilnahme an den Wahlen ganz fern halte, dann, daß es so lange nicht gelingen werde, ganz freie Wahlen zu schaffen, als man nicht vollkommen unabhängige Wähler bestelle, und diese Hinweisungen haben im Munde eines Abgeordneten, welcher zugleich Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ist, ein doppeltes Gewicht. Es ist gewiß viel Wichtiges in Beidem; nur freilich darf man nicht das Kind mit dem Bade verschütten. Wahlen, welche frei von jedem fremden Einfluß sind, wird man nicht erlangen können, so lange die Wähler Menschen sind, und wenn man die Armee von den Wahlen ausschließt, so wird man doch schwerlich daran denken können, auch die Landwehr davon fern zu halten, die Landwehr, welche, wie der Abg. Nechenperger mit Recht bemerkte, wesentlich das politische Volk ist.

Noch verdient der Antrag des Abg. Wenzel, ohne alle politische, aber von sehr eingreifender sozialer Bedeutung, eine Erwähnung, der Antrag, eine Kommission niederzusetzen, welche mit Kommissarien der Staatsregierung die Frage in Erwägung ziehe, in welcher Weise und in welchem Umfange ein System der Beschäftigung der Strafgefangenen mit Feld- und anderer Handarbeit außerhalb der Strafanstalten anzu-

nehmen und auszuführen sei. Der Antrag hat in allen Abtheilungen ohne Ausnahme die lebhafteste Theilnahme gefunden, und es bleibt nur zu bedauern, daß das Projekt einer bei Spandau zu errichtenden Kolonie für entlassene Verbrecher noch vor der Ausführung gescheitert und damit die Gelegenheit verloren ist, mit diesem System einen praktischen Versuch im Großen machen zu können.

So viel von der Zweiten Kammer. Was die Erste Kammer betrifft, so können wir sehr kurz sein. Man hat auf ihre anfängliche Unvollständigkeit ein viel zu großes Gewicht gelegt, während dieselbe einfach eine Folge der Saumseligkeit Einzelner war und am allerwenigsten einen Protest der Kammer selbst gegen ihre nochmalige Einberufung zu bedeuten hatte. Sie hat seitdem den Beweis geliefert, daß weit mehr Klagen besetzt sind, als zur Beschlußfähigkeit der Versammlung erforderlich wären, und hat in der Wahl eines provisorischen Präsidenten den ersten und bis jetzt einzigen Akt der gegenwärtigen Session vorgenommen. An eine ernstliche Bezweiflung ihres einstweiligen Fortbestehens denkt Niemand mehr.

### Deutschland.

\* **Karlsruhe**, 9. Dez. Das heute erschienene Regierungsblatt, Nr. 47, enthält: I. Unmittelbare allerhöchste Entschlüsse Sr. Königl. Hoheit des Regenten, und zwar Erlaubniß zur Annahme eines fremden Ordens: Sr. Königl. Hoheit der Regent haben dem Geh. Rath und Professor Dr. Kreuzer in Heidelberg die unterthänigst nachgesuchte Erlaubniß gnädigst zu ertheilen geruht, den ihm von Sr. Maj. dem Könige von Bayern verliehenen Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst anzunehmen und tragen zu dürfen.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien, und zwar 1) Bekanntmachung des Großh. Ministeriums des Innern vom 25. v. M., Verfügungen im Gemeindegesetz betreffend. 2) Bekanntmachung desselben Ministeriums vom 25. v. M., Privilegium des Ingenieurs James Edward Mac-Connell zu Wolverton betreffend. 3) Bekanntmachung desselben Ministeriums vom 25. v. M., Ersagwahl im 4. Städtewahlbezirk (Fahr) betreffend. Darnach haben Sr. Königl. Hoheit der Regent nach höchstem Erlaße aus Großh. Staatsministerium vom 25. v. M. allergnädigst zu beschließen geruht, daß in Folge des freiwilligen Austritts des Abg. Bayhinger aus der Zweiten Kammer der Stände in diesem Wahlbezirk eine Ersagwahl angeordnet und mit deren Vornahme der Regierungsdirektor Geh. Rath Rettig beauftragt werde. 4) Bekanntmachung des Großh. Finanzministeriums vom 30. v. M., die an diesem Tage stattgehabte Serienziehung für die vierte diesjährige Gewinnziehung des Anlehens zu 14 Mill. Gulden vom Jahr 1845 betreffend. 5) Bekanntmachung desselben Ministeriums vom 1. d., die Tilgung des auf Obligationen ausgenommenen Eisenbahn-Anlehens betreffend. Darnach ist der Fonds zur Tilgung der von der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse nach Maßgabe des Gesetzes vom 10. Sept. 1842 ausgegebenen Eisenbahn-Obligationen, im Betrage von 12,987,300 Gulden, für das Jahr 1853 nach Artikel 3 dieses Gesetzes auf 113,800 fl. festgesetzt und nach der Bekanntmachung vom 12. September 1842, Satz 19, zur Einlösung von 45 Stück Obligationen zu 1000 fl., 105 Stück Obligationen zu 500 fl., und 163 Stück Obligationen zu 100 fl. bestimmt. Die Ziehung der einzulösenden Obligationen wird gegen Ende dieses Monats und die Heimzahlung der gezogenen Obligationen auf den 1. Juli f. J. stattfinden.

III. Todesfälle. Gestorben sind: am 13. Aug. d. J. der pensionirte Sekretär Reich, in Oberkirch; am 16. Aug. d. J. der Geh. Hofrath Dr. Voelck, in Durlach; am 6. Nov. d. J. der pensionirte evangelische Pfarrer Peter Wagner von Aghafthausen, in Mannheim; am 20. Nov. d. J. der Registrator Dörfler bei Großh. kath. Oberkirchenrath dahier.

**Heidelberg**, 7. Dez. (Fr. J.) Kürzlich ist die Fürstin Dolgorucki nach längerem Krankenlager hier gestorben. Sie war hieher gereist, um ärztliche Hilfe gegen körperliches Leiden zu suchen. Vor ihrem Tode wurde sie noch von dem in Wiesbaden weilenden russischen Papen besucht. Ihre Leiche wurde nach Wiesbaden gebracht. Der Leichnam eines vor mehreren Wochen hier gestorbenen und auf dem Friedhofe beerdigten vornehmen Russen ist wieder herausgegraben und nach Rußland gebracht worden.

**Heidelberg**, 8. Dez. Vorgestern hat sich hier ein sehr beklagenswerther Unfall ereignet. Vier Arbeiter, die in einem Steinbruch am sog. Riesensteine beschäftigt waren, sind von dem über ihnen zusammenstürzenden Gestein so stark beschädigt worden, daß Einer von ihnen sogleich todt auf dem Plage blieb, ein Zweiter noch jetzt lebensgefährlich darniederliegt, und auch die beiden Anderen in ärztlicher Pflege sich befinden sollen.

Unter den hier bestehenden Vereinen der Privatwohlfahrt ist auch ein sog. Kreuzerverein, der alljährlich aus den vielen kleinen zusammenfließenden Gaben eine ganz hübsche Summe erhält, durch welche unsere Armen unterstützt werden können. Besonders halten wir diese Unterstützungen darum für höchst zweckmäßig, weil sich der Verein zum Grundsatz gemacht hat, vorzugsweise Naturalien an die Bedürftigen zu verabreichen, und nur in Ausnahmefällen baares Geld, welches letztere bekanntlich den Armen nur zu oft mehr Noth als Vortheil bringt, wenn es ihnen geradezu in die Hände gegeben wird. Der genannte Verein hat vor dem Beginne der neuen Austheilung an die Armen wieder, wie gewöhnlich um diese Zeit, einen Ueberblick seiner Thätigkeit vom 1. Dezember 1852 bis 1. Dezember 1853 gegeben, wornach seine Einnahmen sich auf 501 fl. 14 fr. belaufen und seine Ausgaben für Holz und Lebensmittel mit Einschluß weniger baaren Geldes an verarmte Arme auf 295 fl. 39 fr. weil ihm ein ziemlicher Rest für diesen Winter geblieben und die Theilnahme an ihm, die keine Opfer kostet, sich für die Zukunft hoffentlich immer noch vermehren wird, so dürfte im laufenden Rechnungsjahr die Einnahme wohl noch besser sich

herausstellen, als im letzten. Zu wünschen ist, daß anderwärts, namentlich auch in kleineren Städten, ähnliche Einrichtungen ins Leben gerufen werden, um die öffentliche Wohlfahrt durch diese private zu unterstützen, wo die Mittel zur Befriedigung der vorhandenen Bedürfnisse nicht ausreichen.

Auf heute ist ein großes Vokal- und Instrumentalkonzert des königl. bayrischen Hof- und Kammermusikhus Hr. Freitag, unter Mitwirkung der Frau Ditt-Jobuda, der H. Grimminger und Beyer vom Mannheimer Großh. Hoftheater, des hiesigen Theater-Musikdirektors Hr. Behe, und des Theaterorchesters, angekündigt.

**Mannheim**, 8. Dez. Das „Mannh. Journ.“ widerspricht der Nachricht der „Pfalz. Ztg.“ von einem bevorstehenden Tabakverkauf in der Pfalz von 3 Mill. Gulden für Rechnung der österreichischen Tabakregie.

○ **Stuttgart**, 8. Dez. Die Verhandlungen bei der Centralstelle für Gewerbe und Handel, welche vorgestern von Sr. Erz. dem Hrn. Minister des Innern, Frhrn. v. Vincken, über die Frage einer Aenderung unserer Gewerbegesetzgebung eröffnet und gestern fortgesetzt worden sind, haben noch gestern ihr Ende erreicht, nachdem die vorliegende Frage eine eingehende Behandlung und vielseitige Erörterung gefunden hatte. Dem Vernehmen nach einigte man sich zu dem Aussprüche, daß eine Totalrevision unserer Gewerbegesetzgebung in der Richtung wünschenswerth sei, daß aller Zwang, sowie die der freien Entwicklung der Gewerbe hemmend entgegenstehenden Schranken fallen; dagegen eine korporative Verbindung der einzelnen Gewerbe behufs besserer Ausbildung, Vervollkommnung und sonstiger Interessen, jedoch ohne alle der fortgeschrittenen Zeitrichtung und den Bedürfnissen nicht mehr entsprechenden Fesseln, bestehen bleibe oder an die Stelle der bisherigen Zunftvereinigungen trete.

Außer der Kommission für innere Verwaltung ist auch die staatsrechtliche Kommission der Zweiten Kammer zusammengetreten, um den Gesetzentwurf über die Verhältnisse der Israeliten, soweit staatsrechtliche Fragen dabei in Betracht kommen, in Berathung zu nehmen. Im Uebrigen gehört dieses Gesetz zu der Kompetenz der Kommission für innere Verwaltung. Weiter ist ein Gesetzentwurf, betreffend Abänderungen und Ergänzungen des Exekutionsgesetzes und des Pfandgesetzes, bei dem ständischen Ausschusse eingekommen und der Justiz-Gesetzgebungskommission zur Vorberathung zugewiesen. Im Ganzen liegen nun bereits sechs Gesetzentwürfe vor und sind wohl noch viele zu erwarten.

† **Frankfurt**, 8. Dez. Das Wichtigste in der heutigen Sitzung des Bundestags war die Abstimmung über den Entwurf eines Beschlusses in Betreff der Regelung des Vereinswesens. Die von den Regierungen abgegebenen Erklärungen wichen so wesentlich von einander ab, daß es zu keinem definitiven Beschluß kam; die Anträge wurden an den betreffenden Ausschuss verwiesen. Wegen einer provisorischen Dotation an Raftart und Ulm wurde eine Vorlage zur Instruktionsentholung übergeben. Ueber die Normen wegen gegenseitiger Auslieferung von gemeinen Verbrechern wurde abgestimmt und dieselben angenommen.

**Mainz**, 7. Dez. (Fr. J.) Heute in der Frühe wurde die hiesige Schiffbrücke wieder aufgeföhren; auch haben heute bereits die kleineren Dampfschiffe ihre Tour wieder begonnen und steht ein größeres Düsseldorf's Boot soeben zur Abfahrt bereit. Der dicke Nebel ist seit gestern verschwunden und der Rhein fast vollständig vom Treibeise frei.

**Kassel**, 6. Dez. (Kass. Z.) Die Erste Kammer der Landstände setzte in ihrer heutigen öffentlichen Sitzung die Berathung des Ausgabestats (Forstverwaltung) fort. Die H. H. Hassenpflug und Bolmar beteiligten sich an derselben. Gegen 12 Uhr wurde die Sitzung behufs einer Eröffnung des Tages des Hrn. Ministers Hassenpflug in eine vertrauliche verwandelt. Nach einer Viertelstunde wurde das Publikum wieder zugelassen und die weitere Berathung des Forststats aufgenommen.

**Kassel**, 7. Dez. Die „Kass. Ztg.“ bringt heute das Gesetz vom 1. Dez. d. J., Abänderungen der Gemeindeordnung betreffend, sowie eine Verordnung von demselben Tage, die Vollziehung des §. 87, Abs. 2, der Verfassungsurkunde hinsichtlich des Kompetenzgerichts Hofes betr.

× **Koblenz**, 7. Dez. Wir haben neulich berichtet, daß in unserer Stadt Hausfuchungen stattgefunden hatten, und daß bei dieser Gelegenheit bei einigen Personen Papiere weggenommen seien. Unter diesen Papieren haben sich mehrere gefunden, die sich auf ein im Jahr 1849 hier bestandenes sogenanntes demokratisches Lesekränzchen beziehen, ein Namensverzeichnis der Mitglieder und andere Notizen enthalten, die, wie es scheint, geeignet befunden worden sind, noch jetzt eine Untersuchung darauf zu gründen. Gestern haben nämlich 17 Personen dieses ehemaligen Kränzchens Vorladungen vom Instruktionsrichter erhalten, um sich über gehaltenen Reden und Anderes zu verantworten. Unter den Geladenen sind Advokaten, Aerzte und andere Männer der höheren Stände.

Man beabsichtigt hier, eine Eingabe an die Kammern abgehen zu lassen, um im Hinweis auf die jetzt gänzlich unterbrochene Schiffsahrt auf dem Rheine zu bitten, daß dieselben nochmals und aufs dringendste auf das Zustandekommen der oft erbetenen linksrheinischen Bahn von Bonn nach Bingen hinwirken mögen.

**Hannover**, 6. Dez. (3. f. Ndbd.) Der Spielbankpächter in Pyrmont gedenkt in diesen Tagen dort einzutreffen, um die Vorbereitungen zur Eröffnung seiner Spielsäle umfassend zu treffen. Um Spieler heranzulocken, gedenkt er eine Schnellfahrt von Pyrmont über Hameln, Springe und Hannover in 6 Stunden herzustellen und ebenso von Pyrmont nach Budeburg.

○ **Berlin**, 7. Dez. Noch ist nicht fest entschieden, ob die Verlängerung der Dsbahn, welche von Kreuz über Landsberg und Küstrin geführt wird, von letzterem Orte aus bloß

bis Frankfurt a. D. zum Anschluß an die niederschlesisch-märkische Bahn, oder geraden Weges bis zur Hauptstadt fortgesetzt werden soll. Die Richtung über Frankfurt stellt sich allerdings um etwa 1 1/2 Million billiger; aber einestheils entstände dadurch ein Umweg von etwa 5 Meilen für den Verkehr mit den Provinzen, andernteils würde die Weiterbeförderung aller von zwei frequenten Bahnen zusammenströmenden Personen und Güter auf einem einzigen Schienenstrange dem geordneten Betriebe selbst um so größere Hemmnisse bereiten, als gerade die Hauptstadt den Mittelpunkt des Verkehrs bildet und in ihrer Nähe besonders auch die Frachtmassen sich häufen. Fast alle Stimmen aus den östlichen Provinzen sprechen sich für die kürzere Strecke aus. Mehrfache Anzeichen nach werden auch die Abgeordneten dieser Landestheile für eine direkte Bahnverbindung zwischen Küstrin und Berlin zu wirken suchen.

Der Winter scheint täglich ernster bei uns einkehren zu wollen. Nach einem mehrtägigen Frostwetter, welches von 3 — 5 Grad Kälte begleitet war, fiel gestern Abend Glätte ein und heute Morgen begrüßte uns der erste Schnee. Freilich nur eine leicht hingehauchte Decke, aber anscheinend das Vorzeichen reichlicher Fülle. Inzwischen ist seit Sonntag mit den Weihnachtseinstellungen der Anfang gemacht worden. Ueberall, wohin man blickt, in den Blättern wie an Brunnen und Straßenecken Anknüpfungen von Sebenswürdigkeiten, Abendunterhaltungen und Verkäufen. Besonders zeichnet sich durch Reichhaltigkeit in diesem Jahre das Kroll'sche Etablissement aus. Die Verwaltung scheint Alles aufzubieten, das Unternehmen vor dem gänzlichen Falle zu bewahren. Mit den bekannten schönen Nebelbildern und Farbenspielen der H. H. Kroyde und Siegmund vereinigt das Vokal die akrobatisch-athletischen Kunstproduktionen der Gebrüder Hutchinson, Hrn. Houdin nicht zu vergessen, der sich entschlossen hat, seine Zauberkünste noch bis zum Feste in Berlin vorzuführen.

Die schon seit längerer Zeit zwischen der königl. Regierung und dem hiesigen Magistrat obshwebenden Verhandlungen über die Tragung der Polizeikosten in der Hauptstadt haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt und sind neuerdings abgebrochen worden. Der Magistrat hat nunmehr den Weg Rechtsens gegen die seiner Meinung nach zu hohen Anforderungen des Polizeipräsidiums betreten.

Bekanntlich hat sich Kamik Pascha vor einiger Zeit nach Paris begeben, um für die Pforte eine Anleihe zu Stande zu bringen. Seine Bemühungen scheiterten, und er ist jetzt nach London gegangen, woselbst für sein Vorhaben sich eben so wenig Aussichten darzubieten scheinen. Man will nun (wie schon angedeutet) für bestimmt wissen, Kamik Pascha habe den Auftrag, falls er in England und Frankreich nicht zum Ziele komme, sich nach Nordamerika zu begeben, und die dortige Unionsregierung für die Anleihe zu gewinnen. Daß ihm Dies gelingen werde, will man für gar nicht sehr zweifelhaft halten. Die Unionsregierung hat aus ihren Zolleüberschüssen bedeutende Baarfonds liegen, und bei der Reizung des Präsidenten Pierce, eine energische Politik nach außen zu entwickeln, dürfte die Union sich vielleicht bereit finden lassen, gegen Verpändung einer türkischen Insel der Pforte aus ihrer Geldverlegenheit zu helfen. Man will in London sogar schon Andeutungen darüber besitzen, daß die Regierung der Freistaaten sich entschließen möchte, gegen eine solche Verpändung der Türkei ihre Kriegsflotte zu Hilfe zu senden.

Auf Veranlassung der kön. Regierung in Potsdam ist der hiesige Magistrat seit kurzem mit der Regelung der Arbeitszeit in den Werkstätten und Fabriken beschäftigt. Die Innungen sind zu gutachtlichen Äußerungen darüber aufgefordert worden. Aus den bereits eingegangenen Voten ergibt sich, daß in der Regel die Meister für Beibehaltung einer längeren, die Gesellen für Einführung einer kürzern Arbeitszeit stimmen.

In öffentlichen Blättern wird jetzt mehrfach ein Erlaß der Polizeidirektion von Stettin an die „Pfalzzeitung“ besprochen. Sicherem Vernehmen nach beruht die darin enthaltene Verwarnung wegen „Nugland feindlicher Haltung“ nebst der Androhung ortsgefügter Beschlagnahme auf einem Mißverständnis höherer Anordnungen. Es ist nämlich unter Bezugnahme auf die Besprechung mehrerer obshwebenden Tagesfragen an die Redaktionen der inländischen Blätter allgemein die Weisung ergangen, sich aller heftigen Ausfälle gegen befreundete Regierungen und überhaupt einer Polemik zu enthalten, welche mit den internationalen Rücksichten des Staates nicht verträglich sei. Ein spezielles Verbot jeder Kritik der Handlungen dieser oder jener bestimmten auswärtigen Regierungen ist, wie auch die Haltung der gesammten Presse ergibt, nirgends erlassen worden.

### Schweiz.

**Aus der Schweiz**, 7. Dez. Der „Bund“ schreibt: Der Bundesrath nimmt heute die Vertheilung seiner Departemente vor; bis 2 Uhr war dieselbe noch nicht erfolgt. Man erwartet, Dr. Raff werde das Handels- und Zolldepartement übernehmen, dessen bisheriger Chef, Frei-Herofée, als Bundespräsident bekanntlich dem politischen Departement vorstehen muß.

Letzten Montag hat sich der Große Rath von Genf verhältnismäßig zahlreich versammelt, um sich zur ordentlichen Wintersitzung neu zu konstituieren. Schon die ersten Wahlen zeigten, daß die große Mehrheit der Behörde nach wie vor entschieden zur Fahne Fazy's hält und der gestürzten Regierung ein Zutrauensvotum geben wollte. Nachdem der Großrathspräsident Dr. Duchosal entschieden eine Wiederwahl abgelehnt hatte, ward Hr. James Fazy mit 48 von 69 Stimmen zum Präsidenten berufen; dieser schlug aber die Wahl aus, weil er im Laufe der Session mehrere persönliche Vorschläge zu stellen habe, welche sich mit dem Amte des Präsidenten nicht gut vertrügen. Mit 53 von 76 Stimmen ward hierauf Hr. Tourte Präsident; Vize-Präsidenten: der ebenfalls abgetretene Staatsrath Guillermet und Hr. Fontanel; Sekretär: Hr. Motet; Vize-Sekretär: Hr. Richard, Redakteur der „Revue“.



